BREMISCHE BÜRGERSCHAFT **Drucksache 19 / 1129**
Landtag **16.06.17**
19. Wahlperiode

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Gewerblicher Einsatz von Multikoptern im Land Bremen

Innovative Verfahren und Technologien treiben den technischen Fortschritt voran, machen Arbeitsprozesse effizienter, eröffnen neue Betätigungsfelder und steigern so die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit einzelner Unternehmen und der Volkswirtschaft insgesamt. In den letzten Jahren verzeichnete beispielsweise die Multikopter-Technik (umgangssprachlich auch Drohnen genannt) deutliche Fortschritte.

Diese unbemannten, per Fernsteuerung gelenkten Fluggeräte sind der breiten Öffentlichkeit bislang hauptsächlich durch ihre häufig umstrittene polizeiliche und militärische Nutzung bekannt, finden aber auch zunehmend im privaten und gewerblichen Bereich Verwendung. Ob Fotojournalismus, Landvermessung oder Rotorblattinspektion von Windkrafträdern – die Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig und bieten aufgrund der stark vereinfachten Handhabung und den deutlich niedrigeren Kosten gegenüber bisherigen Instrumenten, wie dem Einsatz von Hubschraubern, deutliche Vorteile. Auch die Ankündigungen von Amazon und DHL, nach ersten erfolgreichen Testverläufen in England und Deutschland Pakete perspektivisch via Drohnen ausliefern zu wollen, zeigt das Potenzial, welches in der Multikoptertechnologie steckt.

Doch bei aller Euphorie über diese neue Technologie dürfen deren Risiken, insbesondere in Bezug auf Datenschutz und Verkehrssicherheit, aber auch auf Kriminalität und Terrorismus, nicht übersehen werden. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat den Regulierungsbedarf erkannt und die Luftverkehrsordnung durch die Verordnung zur Regelung des Betriebs von unbemannten Fluggeräten vom 30. März 2017 überarbeitet. Auch wenn die dadurch hergestellte Rechtssicherheit zu begrüßen ist, muss auf Grundlage der damit gesammelten Praxiserfahrungen die gesellschaftliche und politische Debatte zum Einsatz von Multikoptern weiter geführt werden.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Kenntnisse liegen dem Senat darüber vor, in welchem Umfang und zu welchem Zwecke Multikopter (unbemannte Fluggeräte) in Bremen und Bremerhaven verwendet werden (z. B. polizeilich, gewerblich, kulturell oder wissenschaftlich)? Inwieweit haben der Senat und die senatorischen Behörden gegebenenfalls schon selbst auf den Einsatz von Multikoptern zurückgegriffen?

2. Wie viele Unternehmen, unterteilt nach Branchen und Art der Dienstleistung/Produkte, gibt es im Land Bremen, für die die Benutzung von Multikoptern ein zentrales Betätigungsfeld darstellt?

3. Welche zusätzlichen Potenziale und Entwicklungsperspektiven sehen Senat, Wirtschaft und Wissenschaftseinrichtungen für den Einsatz von Multikoptern?

4. Welche Kenntnisse hat der Senat über Beschwerden, Strafanzeigen, Unfällen usw. im Zusammenhang mit dem Einsatz von Multikoptern im Land Bremen? Wie bewerten der Senat und die Landesdatenschutzbeauftragte generell Risiken und Gefahren unbemannter Fluggeräte?

5. Wie bewertet der Senat die Anfang April 2017 in Kraft getretene Verordnung zur Regelung des Betriebs von unbemannten Fluggeräten? Wie bewertet er die Kritik an darin enthaltenen zu hohen Hürden für die gewerbliche Nutzung von Multikoptern, wie z. B. dem Überflugverbot von Privatgrundstücken, der seitlichen Mindestentfernung von 100 Metern zu Menschenansammlungen, Bundesfernstraßen, Bundeswasserstraßen und Bahnanlagen?

6. Wie sind die Genehmigungsverfahren bei der Luftfahrtbehörde Bremen organisiert und wie lange dauern diese? Wie viele Anträge auf Ausnahmegenehmigung gemäß § 21b Absatz 3 Luftverkehrsordnung wurden bislang gestellt und wie wurden diese entschieden? Inwiefern macht die Luftfahrtbehörde Bremen Gebrauch von der Möglichkeit, eine dauerhafte Ausnahmegenehmigung von Betriebsverboten zu erteilen?

7. Wie wird der gewerbliche Einsatz von Multikoptern in anderen Bundesländern, insbesondere in Niedersachsen, gehandhabt und wird dort mit Ausnahmegenehmigungen umgegangen?

8. Wie gedenkt sich der Senat in den vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur geplanten Evaluationsprozess einzubringen?

Claas Rohmeyer, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp
und Fraktion der CDU